

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, verehrte Anwesende,

ich begrüße euch zu der diesjährigen Mahn- und Gedenkveranstaltung hier auf dem Gräberfeld sowjetischer Kriegsgefangener in Stukenbrock-Senne.

Unter den Anwesenden begrüße ich den Botschafter der Russischen Föderation Sergej Netschajew und den Generalkonsul Oleg Krasnitskiy.

Zum 85. Mal jährt sich am 1. September der feige und brutale Überfall des deutschen Faschismus auf Polen und damit der Beginn des 2. Weltkriegs! Der deutsche Faschismus machte den deutschen Militarismus zu einer unfassbar grausamen Ausgeburt des Völkerhasses und des Völkermords!

Sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden wurden industriell ermordet! Eine halbe Million Sinti und Roma fielen dem Völkermord zum Opfer und 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion überlebten den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands nicht!

Insgesamt kamen im 2. Weltkrieg mehr als 65 Millionen Menschen grausam um. Das muss doch allen Menschen Mahnung genug sein!

Seit 55 Jahren versammeln wir uns auf dem Gräberfeld des sowjetischen Soldatenfriedhofs, um der 65.000 toten sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier im Lager 326 zu Tode gequält wurden. Außer ihnen starben in diesem Lager zahlreiche Gefangene und Zwangsversleppte aus der UdSSR, aus Polen, Frankreich, Italien und Jugoslawien.

So wie wir an ihr Leid und an ihren Tod erinnern, gedenken wir der vielen Millionen Menschen, die im 2. Weltkrieg und den vielen Kriege danach, bis in die aktuelle Gegenwart in der Ukraine und i Gaza ihr Leben verloren haben. All diese Toten mahnen uns, Kriege als Mittel der Politik zu verdammen!

Mit einer Schweigeminute wollen wir der Toten gedenken.

Gerade heute, am Antikriegstag, dürfen wir nicht zu vergessen, was Krieg für die Menschen bedeutet, die ihn erleiden. Die Vereinten Nationen verzeichnen weltweit etwa 60 Konflikte, die höchste Zahl seit 1946, mit der Rekordzahl von 120 Millionen zwangsvertriebenen Menschen.

Wir denken dabei zuerst an den Krieg in der Ukraine und den Krieg in Gaza : wir können sehen, was die tragische Realität des Krieges ist. Denken wir an die etwa 40.000 Toten in Gaza und die 10.000 Vermissten, von denen 70% Frauen und Kinder sind. Denken wir an die Tausenden von ukrainischen und russischen Soldaten, die im Konflikt in der Ukraine gefallen sind, an all die Zivilisten, die unter den Bombenangriffen und in den Trümmern gestorben sind! Denken wir an die zerstörten Städte und Viertel in Gaza und in der Ukraine, in denen es unmöglich ist, zu leben, denken wir an die Bewohner, die dazu verurteilt sind, in den Ruinen umherzuirren! In Gaza verhungert die Bevölkerung !

Fassungslos erleben wir seit dem Februar 2022 eine schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft. Das ist zum einen die Sprache. „Helden“, „Blutzoll“, „Tapferkeit“ – all das ist inzwischen Sprachgebrauch der Medien. Die Außenministerin erklärt, wir dürfen nicht „kriegsmüde“ werden. Der Verteidigungsminister meint gar, wir müssten „kriegstüchtig“ sein.

Zur schleichenden Militarisierung gehört zudem die Rolle der Bundeswehr. Die Zahl rekrutierter Minderjähriger nimmt stetig zu. Das Kinderhilfswerk terre des hommes nennt das ein „Armutszugnis“ für die Bundesregierung. Bundesminister Pistorius wirbt inzwischen für „Schnupperpraktika“ und fordert ungehinderten Zugang für Jugendoffiziere an Schulen, um den Dienst in der Bundeswehr Jugendlichen schmackhaft zu machen.

Ich halte die schleichende Militarisierung für einen absolut falschen Kurs. Das Militär ist nicht die „Schule der Nation“. Wir brauchen Schulen, die Friedenserziehung und gewaltfreie Konfliktbewältigung auf dem Lehrplan haben.

Wir fordern anlässlich des Antikriegstages 2024 von Bundesregierung und Bundestag alles zu tun, damit die Waffen in der Ukraine schweigen und Verhandlungen geführt werden, um den Menschen dort weites Leid zu ersparen und den Weltfrieden sicherer zu machen.

Ansprache Blumen für Stukenbrock 2024

Ich spreche hier als Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von etwa 60 Verbänden von ehemaligen Partisanen, Deportierten, Opfern des Faschismus, Kämpfern in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition und ihrer Angehörigen, sowie Antifaschisten heutiger Generationen aus über 25 Staaten Europas, mit Mitgliedsverbänden von Portugal bis Russland, von Skandinavien bis Griechenland, aus Israel und aus Lateinamerika. Unser Dachverband mit seiner bald gut 75jährigen Geschichte versteht sich nicht als Traditionsverband, sondern als Teil der gesellschaftlichen Kräfte für Antifaschismus, umfassende Menschenrechte, gesellschaftlichen Fortschritt und insbesondere Frieden. Die FIR war in allen Jahren ihres Bestehens ein Verband von Veteranen in Ost und West – ungeachtet des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts. Und wir stehen zu dieser Gemeinsamkeit auch in der heutigen Zeit des Krieges in der Ukraine.

Vor mittlerweile sieben Jahren habe ich anlässlich des 50-jährigen Bestehens eurer Initiative hier gesprochen und euch für die beeindruckende Kontinuität der friedens- und geschichtspolitischen Arbeit gedankt. Nachdem wir lange glaubten, dass nun endlich die Zeit der Entspannungspolitik und der gesellschaftlichen Anerkennung der sowjetischen Opfer des Vernichtungskrieges gekommen sei, erleben wir aktuell wieder eine Renaissance des Feindbildes „der Russe“ und die politische Unfähigkeit der Regierung und der überwiegenden Mehrheit der Opposition etwas anderes als Krieg, Waffenlieferung und Eskalation – insbesondere gegen die Russische Föderation – zu denken. Diplomatie scheint aus dem Vorstellungsvermögen der Politik verschwunden zu sein.

Vor sieben Jahren sprach ich von der Notwendigkeit, geschichtspolitische Verantwortung für die Verbrechen, die von der deutschen Wehrmacht und den anderen Einheiten im Zweiten Weltkrieg – insbesondere im Krieg gegen die Sowjetunion – begangen wurden, zu übernehmen. Und ich rechnete euch vor:

An diesem Ort liegen 65.000 sowjetische Kriegsopfer, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die unter den unmenschlichen Bedingungen umgebracht wurden. Das sind ungefähr 1 Promille aller Kriegsopfer im Zweiten Weltkrieg. Wer also diese große Friedhofsanlage betrachtet und diese Zahl mit 1000 multipliziert, erhält eine ungefähre Vorstellung von der Dimension der damaligen Vernichtungspolitik.

Und es bleibt dabei, wenn dieser Ort uns irgendetwas historisch lehren kann, dann, dass es angesichts dieser Verbrechen zur bundesdeutschen Staatsräson gehören muss, mit allen Staaten und Völkern der ehemaligen Sowjetunion ein diplomatisches und friedliches Verhältnis zu entwickeln. Deutsche Panzer und deutsche Raketentechnik auf dem Weg nach Moskau sind eine Ohnmachtserklärung politischer Fähigkeit und müssten eigentlich ein absolutes „No go“ sein, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen.

Aber diese politische Unfähigkeit korrespondiert mit der Veränderung der gesamtpolitischen Lage in Europa, die nicht erst in den vergangenen sieben Jahren sichtbar geworden ist. Damals prangerte ich an, dass insbesondere in den Baltischen Staaten, in Polen, Ungarn und anderen mittel- und osteuropäischen Ländern

Geschichtsrevision und Rehabilitierung von Kollaborateuren und Kriegsverbrechern stattfinden.

Mittlerweile müssen wir einen politischen Vormarsch der extremen Rechten in verschiedenen europäischen Staaten konstatieren. In Italien und Ungarn sind offene Faschisten an der Macht. In Finnland, in baltischen Staaten, den Niederlanden und vor einiger Zeit noch in Polen sind sie Teil der Regierungen. In anderen besitzen sie einen solchen Einfluss auf wahlpolitischer Ebene, dass die Regierungen die politische Agenda der extremen Rechten in das eigene Handeln aufnimmt, wie in Frankreich, wo in dieser Woche Präsident Macron einen konservativen Premierminister ernannt hat, der von Le Pens Gnaden abhängig sein wird, in Portugal, in Österreich und – und das ist das niederschmetternde Ergebnis der beiden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen – die deutsche Bundesregierung. Wenn der Bundesregierung und der CDU/CSU als „Antwort auf die AfD“ nur einfällt, die Existenzbedingungen von Flüchtlingen in unserem Land zu verschlechtern, Menschen unter Pauschalverdacht zu stellen und Abschiebungen in Kriegsgebiet entgegen aller völkerrechtlichen Normen durchzusetzen, dann fragt man sich manchmal, wozu es eigentlich noch einer AfD bedarf.

Selbst in den Medien, die zuvor die AfD hochgeschrieben haben, wird jetzt beklagt, dass alle nur noch über die AfD reden würden. Recht haben sie! Warum redet man nicht über die Entwicklung einer Politik, die die Interessen der Menschen – und dazu gehört auch das Bedürfnis, in Frieden leben zu wollen – zum Handlungsmaßstab der Politik macht?

In Kassel beklagte in dieser Woche ein FDP-Politiker, selber Kämmerer der Stadt, ein „Staatsversagen“, als sei der Staat nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Nein, damit meinte er nicht, man müsse die Steuern für die Großkonzerne erhöhen, um die Kommunen, Länder und den Bund in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Das, was er formulierte, ist AfD-Narrativ und hat mit demokratischer Verantwortung nichts zu tun.

Und dass bundesdeutsche Staatsorgane keine Scheu haben, rechtswidrige Abschiebungen unter Missachtung der Beschlussfassung deutscher Gerichte selbst gegen deutsche Staatsbürger durchzusetzen, wenn sie denn Antifaschisten sind, zeigt, dass hier eine Verschiebung der Rechtsnormen stattgefunden hat, die nicht mehr mit „individuellem Fehlverhalten“ erklärbar ist.

Aber als optimistischer Mensch möchte ich auch daran erinnern, dass wir solchen Entwicklungen nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern trotzdem politisch reagieren können. Im Frühjahr dieses Jahres erlebten wir zum ersten Mal seit langer Zeit, dass recht spontan mehrere Millionen Menschen aus Sorge über den Vormarsch der extremen Rechten in allen Teilen unseres Landes – selbst in abgelegenen Landstrichen – auf die Straße gingen. Nein, das war keine „Regierungs-Antifa“, wie sie manchmal denunziert wurde. Das waren besorgte Bürgerinnen und Bürger, Demokraten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren, zum Teil Menschen, die seit Jahren nicht mehr an Demonstrationen teilgenommen hatten und sehr viele junge Menschen. Diese Aktionen zeigen ein demokratisches Potential in unserer Gesellschaft, das sich erstmals öffentlich artikulierte. Leider sind diese Aktivitäten in den vergangenen Monaten wieder etwas eingeschlafen. Auch konnten sie – wie die Wahlen zum Europaparlament und in den ostdeutschen Länderparlamenten zeigten, die überzeugten AfD-Wähler nicht von ihrer

Wahlentscheidung abhalten. Aber sie zeigen ein gesellschaftliches Potential für die Verteidigung unserer demokratischen Verfasstheit, auf das es aufzubauen gilt.

Wir sprechen heute viel von einem gemeinsamen Europa. Ich möchte daran erinnern, dass die Grundlagen für dieses Europa gelegt wurden im Kampf gegen die faschistische Barbarei – und zwar von allen Kräften der Anti-Hitler-Koalition, den militärischen Einheiten der sowjetischen Streitkräfte und den westlichen Alliierten sowie dem antifaschistische Widerstand. Sie kämpften damals – wie es im „Schwur von Buchenwald“ heißt – für die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit.

Auch die Überwindung des Kalten Krieges war das Resultat von Entspannungspolitik und Völkerverständigung, wozu die Völker selber mit ihrem Eintreten einen erheblichen Beitrag geleistet haben.

Doch all das spiegelt sich in dem Verständnis und der Politik der Europäischen Union heute in keiner Weise wider.

Stattdessen erleben wir mit den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr einen deutlichen Zuwachs von extrem rechten Parteien, rassistischen und nationalistischen Tendenzen, sowie einen Demokratieabbau. Denn das ist die Konsequenz des Zuwachses der extremen Rechten in Europa. Es geht denen nicht um mehr Souveränität für Nationalstaaten, sondern um einen autoritären Umbau des heutigen Europas und eine Militarisierung.

Deshalb sind selbst die Kräfte der extremen Rechten nicht gegen den Aufbau einer europäischen Armee, wenn sie denn im nationalen Interesse die Grenzen der „Festung Europa“ schließen. Und die vielbeschworene „Solidarität mit der Ukraine“ hat dort ihre Grenzen, wo aus der Sicht der extremen Rechten die nationalen Interessen betroffen sind. Dabei geht es ihnen überhaupt nicht um „Frieden“, sondern nur darum, ihre nationalen Interessen durchzusetzen.

Und so sehen wir die **italienische** Faschistin Giorgia Meloni an der Seite der militärischen Unterstützung der Ukraine, weil sie sich davon die finanzielle Unterstützung der EU für italienische Projekte und einen Freibrief für ihren rechten Staatsumbau verspricht. Und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat mehr als einmal gezeigt, dass sie dem zu Folgen bereit ist.

Viktor Orbán aus **Ungarn** spricht sich nicht aus Gründen der Friedenspolitik gegen die Unterstützung der Ukraine aus, sondern weil er aus nationalem Interesse preiswerte russische Gas- und Öllieferungen möchte. Wenn er jetzt erleben muss, dass die EU Ungarn weder gegen die einseitigen ukrainischen Sanktionen unterstützt, noch ihm finanzielle Kompensationen anbietet, lässt ihn das noch massiver gegen EU-Militärhilfen für die Ukraine auftreten. Friedenspolitik ist das jedoch nicht.

In **Frankreich** wendet sich Marine Le Pen gegen den Vorschlag von Präsident Macron, französische Soldaten in die Ukraine zu entsenden, aber nicht weil sie für Frieden wäre, sondern weil sie meint, dass damit die nationalen Interessen Frankreichs missachtet würden.

Auch die AfD wettet **in unserem Land** – gerade in den Landtagswahlen im Osten – öffentlich gegen deutsche Waffenlieferungen. Aber nur wenige nehmen ihre Begründung wahr. Die AfD sieht dadurch die Handlungsfähigkeiten der Bundeswehr in Frage gestellt,

für deren Aufrüstung sie selbstverständlich eintritt. Mit Friedenspolitik hat das wahrhaftig nichts zu tun.

Und so könnte man die Betrachtung fortsetzen – man würde kein Beispiel finden, wo die extreme Rechte sich für Entspannung und Abrüstung einsetzt. Eine gestärkte Rechte im Europäischen Parlament ist daher eine deutliche Schwächung der Friedenskräfte. Umso lauter müssen außerparlamentarische Stimmen sein, die zeigen, wie viele Menschen sich gegen Militarisierung und Eskalation, für Abrüstung und Entspannungspolitik einsetzen. Die heutige Aktion, wie auch die über 100 Aktionen am vergangenen Wochenende zum Antikriegstag sind solche Zeichen, auch wenn sie lauter und deutlicher hätten sein können. Erkennbar ist es uns noch nicht gelungen, das vorhin benannte demokratische Potential dieser Gesellschaft für den Friedenskampf zu mobilisieren. Es bleibt uns aber nichts Weiteres übrig, als weiterhin unser Anliegen für Frieden und Entspannungspolitik und für die Bewahrung der Erinnerung immer wieder öffentlich zu vertreten.

Vor sieben Jahren habe ich meine Ansprache mit einem Appel beendet, der – und das bedauere ich zutiefst – heute noch von ungebrochener Aktualität ist. Gerade deshalb wiederhole ich ihn hier und jetzt:

Im Interesse der Menschen in unserem Land und in Russland – und an dieser Stelle ergänze ich: sowie der Ukraine – müssen wir uns gegen jede Verschärfung politischer und militärischer Spannungen in Europa wehren.

In Erinnerung an die hier in Stukenbrock begrabenen Opfer der faschistischen Aggressionspolitik sollte unsere Parole lauten: **Entspannungspolitik statt Konfrontation!** – Das formulierte ich vor sieben Jahren, es ist bis heute aktuell.

Für eine neue Ostpolitik und eine neue Westpolitik, die die Außenpolitik unseres Landes und der EU nicht zu einem Befehlsempfänger der US-Politik degradieren lässt.

Das sind wir den sowjetischen Toten und ihren Angehörigen, aber auch unseren eigenen Bürgern gegenüber schuldig.

© Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR

Rede von Sergej Netschajew, Botschafter der Russischen Föderation in der BRD, auf der Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises BLUMEN FÜR STUKENBROCK 07.09.2024 in Stukenbrock

Sehr geehrter Herr Kniesburg, sehr geehrter Herr Dr. Schneider, liebe Landsleute, verehrte Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche, sehr geehrte deutsche Kolleginnen und Kollegen, Freunde, meine Damen und Herren,

der Ort, an dem wir uns heute versammelt haben, hat eine tragische Geschichte. Mindestens 65.000 sowjetische Kriegsgefangene fielen hier der Nazi-Tyrannie zum Opfer. Sie starben an Schwerstarbeit, unerträglichen Haftbedingungen, Krankheiten und Hunger, Strafen und Misshandlungen. Ihr Leben, wie auch das von 27 Millionen sowjetischen Bürgern und Millionen

Bürgern anderer Länder, wurde durch die Ideologie des Nationalsozialismus und die aggressive Politik ihrer Umsetzung vorzeitig beendet.

Den Organisatoren dieser Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag des Anfangs des Zweiten Weltkriegs, der unermessliches Leid über unser Volk gebracht hat, möchte ich meinen ganz herzlichen Dank aussprechen. Für unser Land ist die Bewahrung des Andenkens an den Großen Vaterländischen Krieg eine moralische und ethische Priorität. Das sowjetische Volk hat den höchsten Preis bezahlt. Die riesigen Opferzahlen durch eine gezielte Vernichtung der sowjetischen Bürger weisen alle Merkmale eines Völkermordes auf, was nicht geleugnet werden kann. Dies muss von allen Mitgliedern der Weltgemeinschaft, auch von Deutschland, anerkannt werden. Dennoch war es das sowjetische multinationale Volk, das entscheidend zur vernichtenden Niederlage des deutschen Nationalsozialismus beigetragen hat. Diese unbestreitbare Tatsache darf nicht in Vergessenheit geraten.

Die Gedenktraditionen und die Erinnerungskultur, die sich am Standort des Stalags 326 etabliert haben, wissen wir hoch zu schätzen. Mein besonderer Dank gilt dem Verein Blumen für Stukenbrock, dessen Aktivisten sich seit Jahrzehnten für die Bewahrung des historischen Andenkens und die Pflege der Gedenkstätte einsetzen. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass es in vielerlei Hinsicht ihrer Fürsorglichkeit zu verdanken ist, dass die Gedenkstätte bis zum heutigen Tag erhalten geblieben ist.

Es ist zutiefst symbolisch, dass wir uns gerade heute hier vor Ort zusammenfinden, weil am 8. September im Einklang mit der UNO-Resolution aus dem Jahre 1962 der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Faschismus begangen wird.

Wir danken der deutschen Seite und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge für eine gewissenhafte Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem deutsch-russischen Kriegsgräberabkommen von 1992. Fast alle sowjetischen Kriegsgräber in Deutschland, und das sind mehr als 4.000, befinden sich in einem würdigen Zustand, werden regelmäßig gepflegt und bei Bedarf instand gesetzt. Eine ordnungsgemäße Erhaltung der sowjetischen Kriegsdenkstätten in Deutschland betrachten wir als Ausdruck der historischen Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des NS-Regimes und des Bekenntnisses zur Nachkriegsaussöhnung zwischen den Völkern unserer Länder.

Wir kennen und begrüßen ausdrücklich die Pläne, die Gedenkstätte Stalag 326 umfassend zu erweitern und zu modernisieren und zu einer zentralen Gedenk- und Bildungsanlage in Deutschland zu machen, die an das tragische Schicksal von über 3 Millionen Rotarmisten in nationalsozialistischer Gefangenschaft als eine gesonderte Opferkategorie erinnert. Ich wünsche dieser Initiative eine erfolgreiche Umsetzung, vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden 80. Jahrestag des Sieges und der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus im Jahr 2025.

Von Herzen danke ich den in Deutschland lebenden Landsleuten und den mitfühlenden deutschen Bürgern, die sich aus eigenem Antrieb für die Instandhaltung und Pflege der sowjetischen Kriegsgräber einsetzen und dies zu ihrer Herzenssache gemacht haben.

Die Russische Föderation wird immer für die historische Wahrheit über die tragischen Ereignisse jener Jahre einstehen, die tiefe Wunden in der Seele eines jeden Bürgers unseres Landes hinterlassen haben. Der neue Nationalsozialismus darf nie wieder den Kopf erheben, egal wo und egal wann. Vielen Dank.

Schlussbemerkungen

**zur Mahn- und Gedenkveranstaltung am 7. September
2024 von Werner Höner**

Anrede

Dank an Teilnehmer(innen) und Unterstützer(innen)

Dank an Redner und Helfer(innen)

Als wir im Jahre 1967 hier unsere erste Mahn- und Gedenkveranstaltung planten, herrschte Kalter Krieg in Europa.

NATO und Warschauer Pakt standen sich, ausgerüstet mit tödlichen atomaren Vernichtungswaffen gegenüber.

Angesichtes der hier in deutscher Verantwortung zu Tode gequälten 65.000 sowjetischen Kriegsgefangenen wollten wir Zeichen setzen. Zeichen gegen das Vergessen und versuchen, Brücken zu bauen. Brücken nach Osten, zu den Menschen, die schon wieder ins Feindbild bundesdeutscher Regierungspolitik geraten waren.

Ja diese Brücken bauten wir Schritt für Schritt zu den Überlebenden des Stalag 326 und deren Angehörigen, wie auch zu dem Kriegsveteranenverband in der damaligen Sowjetunion. Von dort erhielten wir dafür höchste Anerkennung und Auszeichnungen. Ja, es entwickelten sich Freundschaften, die jahrzehntelang Bestand hatten.

Hier an diesen Gräbern bekundeten damals wie heute Menschen unterschiedlicher politischer Richtungen und weltanschaulicher Einstellungen gemeinsam mit Überlebenden des Stalag ihren Willen zu einer Friedenspolitik. Das wurde uns nicht immer leicht gemacht!

Diese Veranstaltungen mit tausenden von Teilnehmenden und der Einsatz unseres Arbeitskreises für ein würdiges

Gedenken und für eine Friedenspolitik blieben nicht ohne sichtbare Erfolge!

Die 57 Jahre unserer Arbeit waren nicht vergebens!

Inzwischen gibt es eine viel beachtete und gut geführte Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Lagers, deren Weiterentwicklung reale Formen annimmt. Die Presse berichtete darüber.

Wir wollen daran konstruktiv mitgestalten!

Wir wollen, dass diese neu konzipierte Gedenkstätte eine eindeutige Anklage an den Faschismus und seine Verbrechen wird. Es darf hier keine Relativierung geben. Hier ist auch nicht der Platz, sich mit den Diktaturen des vorigen Jahrhunderts zu beschäftigen, wie hier ein konservativer Politiker fordert.

Es wird noch viel über die inhaltliche Gestaltung zu diskutieren sein!

Für uns aber ist eins klar:

Dieser Friedhof hier muss integraler Bestandteil der Gedenkstätte sein. Leider findet er in der gegenwärtigen Konzeption nicht die notwendige Aufmerksamkeit!

Das ist die eine Seite, auf die wir auch etwas stolz sind.

Die andere Seite aber ist, dass trotz der bitteren Erfahrungen aus unserer Vergangenheit, heute, ausgesprochen von Verteidigungsminister Pistorius und unterstrichen durch das Verhalten von Politikern wie Kiesewetter, Hofreiter und Frau Strack- Zimmermann wieder ernsthaft daran gearbeitet wird, unser Volk „kriegstüchtig“ zu machen.

Dafür wurde ein 100 Milliarden Euro Sondervermögen neben dem überhöhten Verteidigungshaushalt angesetzt

und wird das Feindbild Russland über alle Medien in die Köpfe der Bevölkerung geklopft.

Antje Vollmer, die sehr eng mit der Tätigkeit von Blumen für Stukenbrock verbunden war und deren Tod wir am 15. März des vergangenen Jahres zur Kenntnis nehmen mussten, hat in einem letzten Artikel, den die Berliner Zeitung am 25. Februar 2023 veröffentlichte, **der auch als ihr Testament** zu verstehen ist, und folgende Mahnung hinterlassen:

„Der Hass und die Bereitschaft zum Krieg und zur Feindbildproduktion ist tief verwurzelt in der Menschheit, gerade in Zeiten großer Krisen und existenzieller Ängste. Heute aber gilt:

Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine Zukunftsoption.“

Gerade jetzt, da sich die politischen Eliten einig sind, kriegstüchtig werden zu müssen, hat dieser Appell an Dringlichkeit noch gewonnen.

Am Stand unseres Arbeitskreises ist das Buch mit dem Vermächtnis von Antje Vollmer zu bekommen. Ich kann das nur empfehlen!

Ich darf mich zum Schluss ganz herzlich bei Ihnen, bei Euch, für die Teilnahme und Unterstützung unserer Arbeit bedanken.

Werden wir nicht müde, auch weiterhin die Mahnung von Stukenbrock

„und sorget Ihr, die Ihr noch im Leben steht, dass Frieden bleibt, Frieden zwischen den Menschen, Frieden zwischen den Völkern“
mit Leben zu erfüllen.

Auch in diesem Jahr besteht die Möglichkeit, am Friedhofsausgang für unsere Arbeit zu spenden und sich anschließend mit den Teilnehmern des Jugendcamps bei einer Tasse Kaffee auszutauschen.

Ich wünsche allen eine gute Rückkehr und uns ein hoffentlich gesundes Wiedersehen am 6. September 2025.